



liberación

Texte zu Solidarität und Vernetzung im Kampf gegen staatliche Repression

► www.political-prisoners.net

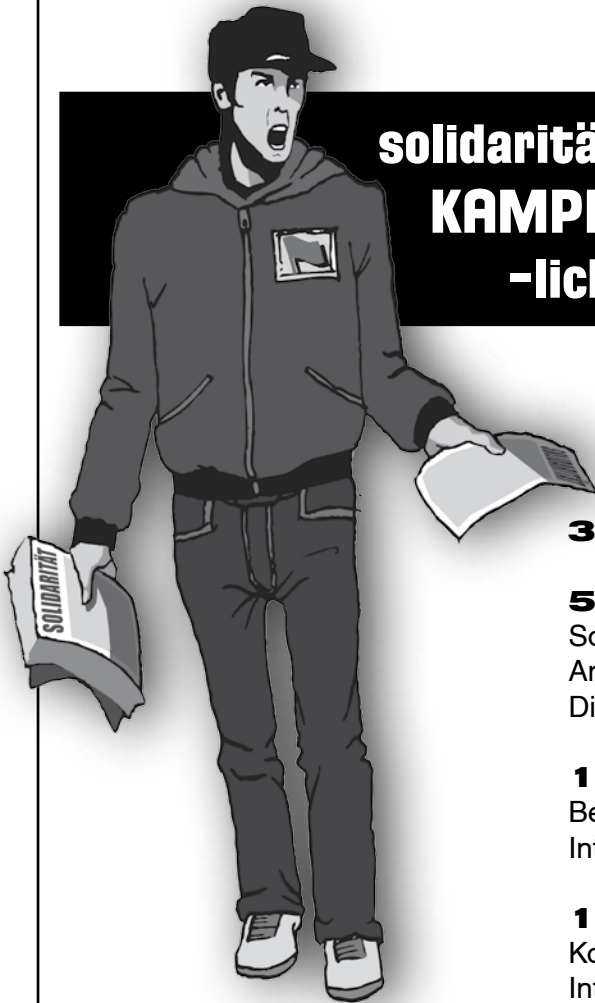
► März 2013

INTERNATIONALEROTEHILFE

IRRH



- Zur Geschichte einer Solidaritäts- und Antirepressionsorganisation
- Kampagnen und Betätigungsfelder
- Kampagnen und Kooperationen



solidarität & vernetzung im KAMPF GEGEN STAAT -liche repression

3 - Zu dieser Broschüre...

5 - Zur Geschichte einer
Solidaritäts- und
Antirepressionsorganisation –
Die Internationale Rote Hilfe (IRH)

11 - Die Kampagnen und
Betätigungsfelder der
Internationalen Roten Hilfe (IRH)

14 - Kampagnen und
Kooperationen der
Internationalen Roten Hilfe (IRH)

17 - Bücher und Zeitschriften

Impressum:

Herausgegeben vom Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen
c/o Stadtteilladen, Lunte e.V., Weisestraße 53, 12049 Berlin

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.



Zu dieser Broschüre...

Anlässlich der anstehenden Aktivitäten hinsichtlich Solidarität und Vernetzung im Kampf gegen staatliche Repression, veröffentlichen wir diese Broschüre als kurzen, historischen Beitrag und Inspirationsquelle.

Wir dokumentieren in dieser Broschüre drei Texte zur Internationalen Roten Hilfe (IRH), welche bereits 2009 im Gefangenen Info in den Nummern 349, 350, und 351 abgedruckt wurden. Damit möchten wir historische Erfahrungen von Solidaritäts- und Antirepressionsarbeit vorstellen, weil wir darin eine Möglichkeit sehen, sich ein Stück linker Geschichte anzueignen und aus dieser zu lernen.

Jede linke und fortschrittliche Bewegung, die an Stärke und Einfluss gewinnt, gerät früher oder später ins Visier staatlicher Repressionsbehörden. Diesen geht es wiederum um ihre Einschüchterung, Lähmung und Zerschlagung.

Die Repressionsorgane- und instrumente werden permanent ausgebaut und internationalisiert. Überwachung wird auf allen Ebenen zur Regel gemacht. Der „Krieg gegen den Terrorismus“, der den Überwachungswahn nach außen hin legitimieren soll, findet nicht nur in

den neokolonialisierten Gebieten der Erde statt, sondern ebenso in den kapitalistischen Metropolen. Der Ausbau der internationalen Repressionsapparate bringt politische Verfolgung, Kriminalisierung, Auslieferung bis hin zu langjährigen Haftstrafen, Folter und Tod mit sich.

Diese Entwicklung macht sich ebenso in der BRD bemerkbar. Mittels der deutschen Anti-Terror-Gesetze, der US- und EU-Terrorlisten und der systematisch geschürten Massenparanoia vor „Terrorismus“ werden politischer Verfolgung Tür und Tor geöffnet.

Das Verhalten und Agieren der hiesigen Linken steht dabei in keinem Verhältnis zum Ausbau und zur Verzahnung internationaler Repressionsapparate. Während bundesweit etliche „Terrorismus“-Prozesse anstehen und stattfinden, Genossinnen und Genossen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt werden, Migrantinnen und Migranten faschistischer und staatlicher Gewalt zum Opfer fallen, sieht sich die Linke nicht in der Lage, koordiniert und geschlossen dagegen zu intervenieren. Häufig wird bei Solidaritätskampagnen sogar vernach-

lässigt, einen Bezug untereinander herzustellen und sich gegenseitig zu stärken.

Wir gehen davon aus, dass eine langfristige Kooperation, soll sie das Ziel haben, staatliche Angriffe gegen linke Strukturen abzuwehren, ihre Aufgabe nicht ausschließlich darin sehen kann, ständig aus der Defensive heraus zu reagieren. Stattdessen muss sie, wie auch bereits die Kampagnen der IRH in den 30er und 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, integraler Teil des Klassenkampfes sein. Dies bedeutet, dass angeschobene Solidaritätsinitiativen und Antirepressionskampagnen von der linken Bewegung geschlossen getragen werden müssen.

Das Ziel von Solidaritäts- und Antirepressionsarbeit liegt demnach nicht in der bloßen Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit für die Freilassung von Gefangenen, sondern – um das Übel an der Wurzel zu packen und zu es beseitigen – perspektivisch in der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse und somit der Abschaffung ihres Repressionsapparates.

Es ist also notwendig, Solidaritätsarbeit zu vernetzen, um gemeinsam und mit gebündelten Kräften auf die aktuelle Repression aufmerksam zu machen und sie durch eine breite, entschlossene Bewegung zu bekämpfen.

Dies kann nur durch eine starke Solidaritätsbewegung mit revolutionärem Charakter verhindert werden, welche dabei Schutz und Stärke der Kämpfenden ist. So kann sie eine Basis für den erfolgreichen Klassenkampf von unten bieten und dazu beitragen, die herrschenden Verhältnisse zu überwinden.

Daher ist es zwingend erforderlich, zum gemeinsamen Kampf dagegen aufzurufen.

In den Texten dieser Broschüre werden die Gründungs- und Entwicklungsgeschichte der IRH bis zu ihrer Auflösung sowie ihr praktischer Ausdruck in Form internationaler Kampagnen dargestellt. Diese historische Organisation, die zahlreiche Kampagnen ermöglichte und zu einer weltweiten und breit angelegten Solidaritätsbewegung führte, enthält reichhaltige Erfahrungswerte in theoretischen sowie praktischen Sinne, aus denen wir heute zehren können.

Zu nennen wären hier zum Beispiel die Kampagnen für die Freiheit von Sacco und Vanzetti sowie für Georgi Dimitroff, welche in den 30er Jahren hunderttausende Menschen auf die Straßen brachten und darüber hinaus auch vielen den menschenverachtenden Charakter des kapitalistischen Systems verdeutlichten.

Ein weiteres IRH-Kampagnenbeispiel ist der Fall Olga Benario-Prestes'. Sie wurde 1936 nach einem gescheiterten Revolutionsversuch in Brasilien an das faschistische Deutschland ausgeliefert und anschließend ermordet. Die IRH kämpfte dagegen mit einer breiten internationalen Kampagne.

Die Grundsätze des revolutionären Charakters der IRH zeigten sich in der Unterstützung der ArbeiterInnenklasse. Weltweit gelang es, Solidaritätsstrukturen zu gemeinsamer Arbeit für die Unterdrückten aufzurufen. Es entstanden zahlreiche neue Unterstützungskomitees, welche Themen und Fälle aufgriffen, die dem Proletariat am Herzen lagen. In vielen Fällen wurde die schnelle Einbindung ehemaliger Gefangener und verfolgter KämpferInnen in die Bewegung ermöglicht.

Diese Solidaritätsarbeit wurde in erster Linie durch eine breite Bewegung ermöglicht, welche die internationalen Kampagnen der IRH trug und unterstützte. Sie war fest verwurzelt in der internationalen ArbeiterInnenbewegung und im Vergleich zur heutigen Situation ungleich stärker. Aus dieser resultierten der starke Ausdruck, die Effizienz und Reichweite der IRH.

Um einen aktuellen Versuch der internationalen Vernetzung von Solidaritäts- und Antirepressionsgruppen zu dokumentieren, wird in den Texten desweiteren auch auf die im Jahr 2000 ins Leben gerufene Organisation Rote Hilfe International (RHI) verwiesen.

Auch wenn wir heute unter anderen Bedingungen kämpfen, ist es sinnvoll, aus den Erfahrungen der IRH zu schöpfen und Ansätze herauszuarbeiten, die uns in unseren Überlegungen bezüglich der heutigen Vernetzung von Solidaritätsarbeit hilfreich sein können.



Der erste Kongress der IRH

Zur Geschichte einer Solidaritäts- und Antirepressionsorganisation Die Internationale Rote Hilfe (IRH)

Wir wollen mit diesem ersten Beitrag eine Artikelserie zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Internationalen Roten Hilfe (IRH), die 1922 gegründet wurde, beginnen. Die im Jahr 2000 angestoßene Initiative zur Gründung einer Roten Hilfe International (RHI), die sich an der „historischen Vorlage“ orientiert, wird ebenfalls Platz in dieser Beitragsserie einnehmen. Eine Beschäftigung mit der IRH bzw. RHI ist demnach nicht Ausdruck eines antiquierten Interesses. Allein der organisatorische Versuch einer an der historischen IRH angelehnten Re-Konstituierung zeigt, dass der Aufbau einer international verankerten Solidaritäts- und Antirepressionsorganisation ein aktuelles Thema ist.

Ein historischer wie aktueller Erfahrungswert ist, dass die Auseinandersetzung mit dem staatlichen Justizapparat und vor allem (revolutionäre) Gefangenekämpfe nur erfolgreich geführt werden können, wenn zum einen das solidarische Band unter den Gefangenen geknüpft und gefestigt ist und die unterstützenden Gruppen außerhalb der Knastmauern den Gefangenenforderungen eine öffentliche Resonanz verschaffen. Zum anderen müssen die Konfrontationen der Gefangenen mit der Repressionsmacht des Staates und die Aktivitäten ihres solidarischen Umfeldes internationalistisch ausgelegt sein, zumindest in der Perspektive, denn sonst bleiben diese orts- und länderspezifisch isoliert.

Die IRH als Organisation einer revolutionären Einheitsfrontpolitik ist das bedeutendste Beispiel der Solidarität mit den proletarischen, revolutionären und politischen Gefangenen, das die kommunistische Weltbewegung hervorgebracht hat. Aufgrund dessen ist es nur folgerichtig, die IRH als weltweite Solidaritäts- und Antirepressionsorganisation hinsichtlich ihrer geschichtlichen Bedingungen zu untersuchen und die Bezugslinien für einen heutigen Organisationsprozess herzustellen.

Den Auftakt dieser Artikelserie bildet einerseits ein grob gehaltenes Kapitel zur Gründung und Entwicklung der IRH sowie ein Kapitel zu den programmatischen Grundlagen der IRH-Politik. Im zweiten Teil dieser Serie konzentrieren wir uns auf die Darstellung und Bewertung der vielfältigen Kampagnen der IRH, die im Zeichen der revolutionären Einheitsfrontpolitik standen. Zum Abschluss werden wir uns der Initiative der Bildung einer Roten Hilfe International (RHI) widmen, die zur Jahrtausendwende von mehreren Delegationen aus Europa der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt wurde und seitdem mit der einen oder anderen internen Kontroverse ihren Fortgang gefunden hat.

Diese Artikelserie stützt sich erweiternd und konkretisierend auf einen Beitrag der ehemaligen „gruppe mücadele“ aus Berlin, die 2001 in dem zum Todesfastenwiderstand in der Türkei/Nordkurdistan

erschienenen Buch „Bei lebendigem Leib...“ einen Text unter dem Titel „Die Internationale Rote Hilfe (IRH) – Ein Beitrag für einen internationalistische Antirepressions- und antimperialistische Solidaritätspolitik“ veröffentlichte. Wir sehen es als eine politische Fortsetzungsarbeit an, wenn wir an den Beitrag einer ehemals existierenden Gruppe anknüpfen und versuchen, in die aktuelle Debatte um die RHI-Initiative konstruktiv einzugreifen.

Zum Gründungshintergrund der IRH

Die Notwendigkeit der Gründung einer proletarischen Schutz- und Solidaritätsstruktur lag allein deshalb auf der Hand, da emanzipatorische Bestrebungen und Bewegungen aus den Reihen der sozial und ökonomisch Unterprivilegierten von Beginn an staatliche Reaktionen, Verfolgung und Einkerkelung, zur Folge hatten. Zum Beispiel wurde, um den Angriff des sog. Sozialistengesetzes (1878-1890) im Wilhelminischen Reich so weit es ging abzuwehren, eine „Hilfsorganisation zur Unterstützung der Verfolgten und gefangenen Sozialdemokraten“ gegründet. August Bebel und Wilhelm Liebknecht, ihres Zeichens „Gründungsväter“ der vereinheitlichten deutschen Sozialdemokratie, setzten zudem die Bildung eines „Unterstützungs-Zentral-Komitees“, gemeinhin „Zentralkasse“ genannt, durch.

Der organisatorische Aufbau und die Etablierung der IRH sind untrennbar mit der Politik der Kommunistischen Internationale (Komintern), der III. Internationale verbunden, die 1919 gegründet und 1943 aufgelöst wurde.

Auf dem IV. Kongress der Komintern, der vom 5. November bis zum 5. Dezember 1922 zum fünften Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ tagte, wurde die Gründung einer weltumspannenden und parteiübergreifenden Organisation der proletarischen Klassenorganisation beschlossen. Am 30. November 1922 wurde die Initiative zur Konstituierung einer „Internationalen Organisation zur Unterstützung revolutionärer Kämpfer“ (russische Abkürzung: MOPR) offiziell verkündet. Die deutschsprachige Bezeichnung dieser Solidaritätsorganisation lautete abweichend „Internationale Rote Hilfe“. Auch der ursprüngliche Namensvorschlag „Internationales politisches Rotes Kreuz“ wurde fallengelassen. In den verschiedenen Ländern mit entsprechenden Sektionen fanden beide Signets (MOPR und IRH) Verwendung. Die IRH/MOPR hatte über die ersten Jahre ihres Bestehens ihren organisatorischen Schwerpunkt in der jungen UdSSR, was aufgrund der Zentrierung der proletarischen Weltbewegung auf das „erste sozialistische Land“ nahe lag.

Die eigentliche Initiative zur Gründung einer „Internationalen Organisation zur Unterstützung revolutionärer Kämpfer“ ging von dem „Verein alter Bolschewiki“, „der Gesellschaft der ehemaligen politischen Zuchthäusler und Verbannten in Rußland“ und dem polnischen Mitbegründer des Spartakusbundes, der späteren KPD, Julian Marchlewski (Karski), aus.

Marchlewski unterbreitete dem Vorstand des „Vereins alter Bolschewiki“ am 13. September 1922 den Vorschlag, umgehend eine Organisation der Solidarität für politische Gefangene in allen Ländern der Welt zu schaffen. Diese Initiative erhielt eine breite Zustimmung, und die Kampagne zur Organisation eines „Internationalen politischen Roten Kreuzes“ wurde eingeleitet. Marchlewski und andere bildeten eine Kommission, die für die Durchführung des Beschlusses sorgen sollte. Der von Marchlewski inspirierte Antrag zur Bildung einer internationalen Hilfsorganisation für politische Gefangene fand dann auf dem erwähnten IV. Weltkongress der Komintern breiteste Anerkennung.

Vorbereitet wurde dieser Antrag durch den von Felix Kon verlesenen emphatisch-pathetischen Appell zur Bildung einer proletarischen Hilfs- und Solidaritätsorganisation, in dem er auch auf das Wechselverhältnis zwischen politischer Aktivität und staatlicher Repression verweist: „Gefangene des Kapitalismus! Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse, in Ketten geschlagen von den kapitalistischen Regierungen! Euch gilt der erste Gruß der Vertreter des revolutionären Proletariats der ganzen Welt, die sich zum 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale versammelt haben.“

Genossen! Jahraus, jahrein ehren die Weltkongresse der revolutionären proletarischen Vorhut, wenn sie die Siege der Arbeiterklasse zählen, die Opfer des Kampfes, die von der Hand der Henker gefallen und in die Gefängnisse geworfen sind (...) Die besten Kräfte verkommen in den Kerkern, die Wogen des weißen Terrors überschwemmen alle kapitalistischen Länder (...) An Opfer braucht sich die Kommunistische Internationale nicht erst gewöhnen. Jede Errungenschaft der Revolution ist mit dem Blut der Kämpfer erkaufte und auf Blut gegründet. Je schärfer der Kampf, desto zahlreicher die Opfer. Doch wenn auch die Menschen fallen, die Idee kann nicht sterben. Genossen, Häftlinge der kapitalistischen Gefängnisse! Heute, am Tage unseres großen Festes, am fünften Jahrestage der russischen Revolution, teilen wir mit Euch unsere Überzeugung, unsern felsenfesten Glauben, daß die Stunde nahe ist, in der das revolutionäre Proletariat das Joch des Kapitalismus abwerfen und sich von der Knechtung und Ausbeutung befreien wird, wo es Euch befreit, die Schlösser

Eurer Kerker zerbricht und Euch mit Ehren abermals in seine Reihen aufnimmt, Euch, seinen Stolz, Euch, seine besten Genossen (...).“ (in: Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1922, Band 1, S. 16-18)

Als offizielles Gründungsdatum der IRH wurde der 18. März 1923, der Jahrestag der Pariser Kommune, gewählt.

Zur Entwicklungsgeschichte der IRH

Die Gründung der IRH befand sich neben dem Sturz des Zarismus in Russland, dem anschließenden Bürgerkrieg und der Stabilisierung der proletarischen Macht der Bolschewiki an einem weiteren epochalen Wendepunkt: sie fällt zeitgeschichtlich mit dem Aufstieg des italienischen Faschismus im Zuge des berühmten „Marsches auf Rom“ im Oktober 1922 zusammen. Aber nicht nur die Vorgänge in Italien verstärkten das Bestreben, proletarische Schutz- und Solidaritätsorganisationen zu bilden. In beinahe allen europäischen Staaten, wie z.B. auf dem Balkan, übernahmen reaktionäre Regimes nach der Zerschlagung der Räte-Bewegungen nach dem Ende des I. Weltkriegs das Regiment. Neben dem kaum verhüllten Staatsterrorismus marodierten paramilitärische Verbände durch die Länder, um das (Wieder-)Erstarken kommunistischer und sozialistischer Parteien zu behindern. In der Frühphase der Weimarer Republik wurden in Deutschland selbst liberal-demokratische Politiker zu Attentatszielen für Angehörige der „Organisation Consul“, die die Kernstruktur eines Netzes von paramilitärischen Verbänden der extremen Rechten war. So fielen z.B. im August 1921 der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger und im Juni 1922 der DDP-Politiker und Außenminister Walther Rathenau Feme-Morden zum Opfer. Vor diesem Hintergrund schien die Etablierung einer wirkungsvoll arbeitenden und intervenierenden internationalen Massenorganisation eine existenzielle Voraussetzung, um sich einen politischen Wirkungsraum nicht nur zu erhalten, sondern einen solchen auch auszuweiten. Im Juli 1924 als die I. Internationale Konferenz der IRH einberufen wurde, umfasste diese bereits 19 Länder-Sektionen, in weiteren 19 Ländern unterhielt sie mit entsprechenden Solidaritätskomitees teils lose, teils engere Verbindungen. Als höchstes Organ der IRH fungierte ein Exekutivkomitee (EK). Die einzelnen Sektionen organisierten sich im nationalstaatlichen Rahmen und bezeichneten sich mit dem entsprechenden länderspezifischen Zusatz in der Regel als „Rote Hilfe“.

Bis zur nazi-faschistischen Machtübernahme bzw. -stabilisierung in Deutschland wuchs die IRH organi-

satorisch unaufhörlich an. Den Höhepunkt erreichte sie 1932 mit ihrem ersten Weltkongress. Ende 1933 gab es 71 Ländersektionen und Schwesterorganisationen mit ca. 14 Millionen Einzel- bzw. Kollektivmitgliedschaften. Bereits im Jahre 1932 waren 45 IRH-Sektionen und sympathisierende Komitees aufgrund staatlicher Repressionsmaßnahmen illegalisiert bzw. konnten nur im Halblegalen arbeiten. Ein Grund weshalb einige nicht offizieller und integraler Teil der IRH waren bzw. sich „unverfängliche“ Namen gaben.

Die MOPR der UdSSR war von Beginn an die größte und finanzstärkste Sektion der IRH. Im Jahre 1934, als ihr 4. Kongress tagte, zählte sie 100.000 Zellen, die auf alle Unionsrepubliken und autonomen Gebiete verteilt waren. Die 1924 gegründete Rote Hilfe Deutschland (RHD), deren Vorläufer sich seit April 1921 als Ergebnis der staatlichen Repression nach dem proletarischen Aufstandsversuch vom März d.J. organisatorisch zu etablieren versuchten, war formal nie Mitglied der IRH, obwohl ihr Statut als überparteiliche Solidaritätsorganisation für die Opfer proletarischer Klassenkämpfe sowie deren Angehörigen nicht im Widerspruch zu den Prinzipien der IRH stand. Wilhelm Pieck als damaliger Vorsitzender der RHD erklärte auf deren II. Reichskongress im Mai 1927 über das Verhältnis zur IRH: „Wir sind dieser Organisation nicht angeschlossen, obwohl wir uns mit jeder Faser des Herzens mit dieser Organisation verbunden fühlen, weil wir den Staatsanwälten und Gerichten auch nicht diesen Vorwand zu einem Verbot liefern wollen. Also, wenn auch nicht organisatorisch verbunden, so sind wir doch ideologisch vollkommen vereint mit der Internationalen Roten Hilfe und all ihren Organisationen und Millionen Mitgliedern in der ganzen Welt.“ (zitiert nach: Zelt, J.: ... und nicht vergessen – Solidarität. Aus der Geschichte der IRH und der RHD, S. 81)

Mitten während des II. Weltkriegs wurde die Komintern, als sie bereits alle Fähigkeiten einer handelnden Weltorganisation des proletarischen Klassen- und Befreiungskampfes eingeübt hatte, für aufgelöst erklärt. Damit war auch das Ende der IRH besiegelt. Die Komintern degenerierte mehr und mehr zu einem außenpolitischen Instrument der Stalinbürokratie, die im Zuge des Schwelens zur Volksfronttaktik die „bürgerlichen Demokratien“ im Kampf gegen den expandierenden deutschen Faschismus zu gewinnen versuchte. Eine Komintern und eine IRH waren hierfür nicht opportun, da sie für „den Westen“ als Inbegriffe der kommunistischen Weltrevolution galten.

Den IRH-Vorsitz bekleideten bedeutende Persönlichkeiten der kommunistischen Weltbewegung. Der 1866 geborene Marchlewski war bis zu seinem Tod 1925 der erste Vorsitzende der IRH. Nachfolgerin

wurde Clara Zetkin (1857-1933), die maßgeblichen Anteil an der organisatorischen Festigung und der Internationalisierung der IRH hatte. Nach ihrem Tod 1933 übernahm die frühere Sekretärin Lenins, Jelena Dmitrowna Stassowa (1873-1966), den Vorsitz, den sie bis 1937 inne hatte. Wilhelm Pieck (1876-1960), der erste Staatspräsident der DDR, übernahm von Ende 1937 bis zur Auflösung 1943 die Leitung der IRH.

Zur Programmatik der IRH

Um die Programmatik und politische Praxis der IRH nachzuzeichnen, muss neben den Beratungen und Beschlüssen des 1932 abgehaltenen 1. Weltkongresses der IRH auf die diversen Resolutionen und Dokumente, die bei verschiedenen Konferenzen und Plena des Exekutivkomitees (EK) der IRH verfasst und beschlossen wurden, zurückgegriffen werden. Zudem kommt die politisch-ideologische Zielsetzung der IRH in ihrem vom 2. Plenum des EK 1928 angenommenen Statut zum Ausdruck.

Die politische und ideologische Orientierung der IRH wird vor allem in den ersten drei Statuts-Paragrafen deutlich: Bezüglich des Charakters der IRH wird statuiert, dass „das Entstehen und Wirken der IRH eng mit den von den ausgebeuteten Klassen und unterdrückten Völkern gegen die kapitalistische Willkürherrschaft geführten Befreiungskämpfen (verbunden ist).“ Zudem ist in Paragraf 1 verankert, dass „die IRH unbeschadet ihrer Überparteilichkeit eine ausgesprochene Klassenorganisation (ist).“

Zum Zweck und Ziel der IRH ist im 2. Paragrafen „die Unterstützung der Opfer des Klassenkampfes und der internationalen Befreiungsbewegung der Werktätigen in allen kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern, unabhängig ihrer Partei- und Organisationszugehörigkeit“ festgeschrieben worden. Die IRH gewährt allen aufgrund ihrer revolutionären Tätigkeit Verfolgten und deren Angehörigen „politische, moralische, juristische und materielle Hilfe“; sie „führt einen ständigen Kampf gegen den weißen Terror gegen den Faschismus, gegen die bürgerliche Klassenjustiz, gegen das Lynchende, für das Asylrecht der politischen Flüchtlinge.“

Das programmatische Organisationsprinzip der IRH ist im 3. Paragrafen formuliert: „Die IRH ist eine selbständige überparteiliche Massenorganisation der Werktätigen aller Länder von Stadt und Land.“ (alles in: Zehn Jahre IRH, S. 35) Die inhaltliche und auch praktische Linie der IRH bzw. ihre hauptsächlichsten Arbeitsschwerpunkte variierten in der Zeit ihres Bestehens. Die einzelnen verabschiedeten Resolutionen geben darüber Aufschluss.



Der erste Aufruf der MOPR, die unter Mithilfe des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) die ersten Gehversuche unternahm, war sehr stark von der jung-sowjetischen Perspektive geprägt. D.h. aber nicht, dass dadurch der Blickwinkel allein auf die gesellschaftliche Situation der im Entstehen begriffenen Sowjetunion verengt war; im Gegenteil, den VerfasserInnen war klar, dass der politische Erfolg des russischen Proletariats voll und ganz vom erfolgreichen Kampf des Weltproletariats gegen das Kapital abhängig war. Zudem betrachtete die MOPR die junge Sowjetunion als „ein Hinterland, einen Reservefonds revolutionärer Kräfte.“ (ebd., S.8)

Bereits in der Deklaration der I. Internationalen Konferenz der IRH im Juli 1924 ist das Ziel der materiellen und moralischen Unterstützung der revolutionären Gefangenen und ihrer Angehörigen benannt. In dieser Deklaration wird die IRH als Organisation definiert, die das „beste Mittel ist, die proletarische Einheitsfront zu verwirklichen.“ (ebd., S. 10)

In der Resolution derselben Konferenz ist die Zielsetzung „der Bildung von Massenorganisationen durch Heranziehung breiter parteiloser Arbeiter- und Bauernmassen“ (ebd., S. 11) deutlich unterstrichen worden.

Die Resolution zum Bericht des Präsidiums und des Sekretariats der Exekutive der IRH auf der Plenarsitzung vom August 1928 fasst exemplarisch die wesentlichen Aufgaben und Eckpunkte der Politik der IRH zusammen: „1. Die Verfolgungsmethoden

der Weltbourgeoisie müssen stärker als bisher im Zusammenhang mit der sich deutlicher zeigenden Kriegsgefahr, insbesondere dem Angriff gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, die Sowjetunion, hervorgehoben werden. 2. muß der Kampf gegen den Faschismus und weißen Terror als eine der wichtigsten Aufgaben gestellt und auf noch breiterer Basis intensiv geführt werden. 3. Kampf gegen bürgerliche Klassenjustiz, Strafvollzug, Anwendung der Folter- und Lynchjustiz, wie auch gegen das barbarische mittelalterliche Prügelsystem in den Kolonien. 4. Kampf gegen Auslieferung und Ausweisungen proletarisch-politischer und nationalrevolutionärer Flüchtlinge und für das Asylrecht. 5. Bekämpfung der Gesetzgebung, die das Recht der politischen Flüchtlinge auf Arbeit durch Beschränkungen einengt. 6. Kampf um die Amnestie der politischen Gefangenen, Verbannten und Emigrierten in den kapitalistischen und Kolonialländern. 7. Organisation des ständigen Kampfes gegen den blutigen Terror in China und gegen die blutigen Unterdrückungsmaßnahmen und die Verfolgungen in den Kolonien und Halbkolonien.“ (ebd., S. 14)

Als eine bereits bekannte, weitere elementare Aufgabenstellung der Politik der IRH wird u.a. anvisiert, „die bisher noch abseits stehenden, insbesondere auch die sozialdemokratischen, Arbeiter sowie die um die Arbeiter- und Bauernorganisationen sich gruppierenden werktätigen Massen zu gewinnen.“ Weiter heißt es, dass dazu „die Arbeit in den Betrieben unbedingt verstärkt werden [muß].“ (ebd., S. 15) Aus taktischen Erwägungen heraus ist der „Kampf um die Legalität der IRH-Organisationen“ (ebd., S. 16) von Wichtigkeit; des weiteren müssen die IRH-Sektionen in der Lage sein, repressiven Schlägen des staatlichen Verfolgungsapparats standhalten zu können.

Zwischen Einheitsfrontpolitik und „Sozialfaschismusthese“

Charakteristisch für die Politik der Komintern und der IRH war das Pendeln im Umgang mit insbesondere sozialdemokratisch gesinnten bzw. sozialdemokratisch organisierten ArbeiterInnen. Die Forderung und teilweise praktizierte Einheitsfront von unten mit sozialdemokratischen und parteilosen proletarischen Kräften und die Rhetorik vom „Sozialfaschismus“ (eine These, die 1924 vom Komintern-Vorsitzenden Georgi Sinowjew aufgrund der Erfahrungen mit der Kapitulationspolitik der Sozialdemokratie während des revolutionären Aufbruchs nach dem I. Weltkrieg in Europa aufgebracht wurde) ließen sich nur schwer argumentativ miteinander vereinbaren. Davon einmal

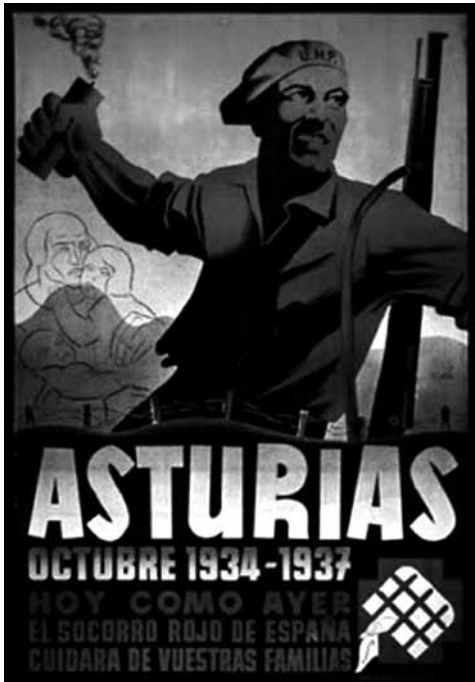
abgesehen, dass die propagierte Einheitsfrontlinie durch den linken Flügel des Kommunismus vehement kritisiert wurde, da damit die eigenen programmatischen Grundlagen unterhöhlt würden und eine Kumpanei mit der sozialdemokratischen Konterrevolution eingegangen würde.

Die Resolution des 3. Plenums des EK der IRH vom April 1931 erwähnt zum ersten Mal ausdrücklich den Kampf gegen den „Sozialfaschismus“ als Helfershelfer der Bourgeoisie: „Die sozialdemokratischen Führer sind zur Anwendung der faschistischen Methoden übergegangen (Polizeiterror in Deutschland, die Galgen der McDonald-Regierung in Indien) und rechtfertigen damit die unter den Arbeitern populär gewordene Bezeichnung ‚Sozialfaschisten‘.“ (ebd., S. 17)

Die „Sozialfaschismusthese“, wonach Faschismus und Sozialdemokratie „keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder (sind)“ (in: Stalin-Werke 6, S. 253) wurde auf dem VI. Komintern-Kongress von 1928 zur Doktrin erklärt. In dem auf diesem Kongress angenommenen Komintern-Programm heißt es: „Die Hauptrolle der Sozialdemokratie ist heute die Untergrabung der im Kampfe gegen den Imperialismus notwendigen Einheit des Proletariats. Durch die Spaltung und Zerschlagung der Einheitsfront des proletarischen Kampfes gegen das Kapital wird die Sozialdemokratie zur Hauptstütze des Imperialismus in der Arbeiterklasse. Die internationale Sozialdemokratie aller Schattierungen, die Zweite Internationale und ihre gewerkschaftliche Filiale, der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund, sind so zu den Reserven der bürgerlichen Gesellschaft geworden, zu ihren sichersten Stützen.“ (in: Programm der Kommunistischen Internationale, S. 22)

Auch Jelena Stassowa stieß in diese Richtung, wenn sie sagt: „Der größte ideologische Feind der IRH ist gegenwärtig die Sozialdemokratie. Sie begnügt sich nicht mit dem juristischen und agitatorischen Auftreten, sondern sie will (...) die IRH-Organisationen zertrümmern.“

Die IRH muß den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf allen Fronten führen, hauptsächlich darum, weil solche Organisationen der Sozialdemokratie, wie der Matteotti-Fond, unter dem heuchlerischen Banner des Kampfes gegen den Terror in den nichtdemokratischen Ländern gegründet werden und in Wirklichkeit gegen die Sowjetunion kämpfen wollen.“ (in: Protokoll des I. Weltkongresses der Internationalen Roten Hilfe, S. 45) Der „Matteotti-Fond“, der nach dem von Faschisten ermordeten Abgeordneten der Sozialistischen Partei Italiens benannt wurde, wurde 1926 von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI), die in der Nachfolge der sozialdemokratischen



II. Internationale stand, gegründet. Damit sollte ein organisatorisches Gegengewicht zur IRH etabliert werden. Das Sekretariat der SAI forderte ihre Mitgliedsparteien ausdrücklich auf, einen Unvereinbarkeitsbeschluss von Sozialdemokratie und den Sektionen der IRH zu formulieren und gegen die Mitgliederbasis durchzusetzen.

Mit dem Matteotti-Fond sollten auch menschewistische Exilanten, die die UdSSR verlassen hatten, unterstützt werden. Vor diesem Hintergrund erklärt sich, dass Stassowa festgehalten haben will, dass „die IRH-Organisationen keine Tätigkeit (...) gegen die Sowjetunion zulassen dürfen, da die Sowjetunion das Land ist, das immer stärker wird und wächst und unseren IRH-Organisationen die Möglichkeit gibt, sich zu stärken und zu wachsen, da sie das Vaterland aller Werktätigen ist.“ (ebd.)

Defizite der IRH-Politik

In allen Resolutionen und Dokumenten werden auch immer wieder die vielfältigen Defizite und dringlichen Probleme in der politischen Arbeit der IRH aufgezeigt. Gerade in der Resolution des 3. Plenums des EK der IRH sind einige besonders markant herausgestrichen: so fehlt es an einer besseren Mitgliederwerbung bei parteilosen und sozialdemokratisch orientierten

Arbeitern, um dem Charakter einer überparteilichen Einheitsfrontorganisation aller Werktätigen gerecht zu werden. Darüber hinaus ist die große Fluktuation der Mitglieder ein Hemmnis für eine kontinuierliche Solidaritätspraxis mancher Sektionen der IRH. Durch eine verstärkte Werbetätigkeit und „energische Maßnahmen“ soll die finanzielle Basis der Organisation gestärkt werden. Zudem wird die Tätigkeit unter verschiedenen Teilen der Bevölkerung (Jugend, Frauen, ausländische und Kolonial-Arbeiter) bemängelt. (siehe: Zehn Jahre IRH, S. 18ff.) Organisatorische Schwächen ergeben sich oftmals aufgrund der fehlenden Heranbildung von Kadern und der Schaffung von kollektiven Leitungen bei sämtlichen Gliederungen der IRH. Realistisch eingeschätzt heißt es: „Eine Reihe unserer Organisationen haben noch nicht den vereinsmäßigen Charakter verloren. Sehr oft haben sie nicht einmal eine genügende organisatorische Selbständigkeit.“ (ebd., S. 18) Die verschärfte Repression gegen die proletarische und revolutionäre Bewegung veranlasste die IRH dazu, „die Schulung der Werktätigen zur Selbstverteidigung vor Gericht als dringende Aufgabe zu betrachten, da die Verteidigung durch Anwälte nur in den wichtigsten Fällen möglich sein wird.“ Außerdem ist klar formuliert, dass politische Prozesse „nicht nur als eine Angelegenheit der Angeklagten zu betrachten (sind), sondern als die der großen Massen der Werktätigen.“ Zudem sollen die RH-Organisationen prozessbegleitend „eine verstärkte Agitation und Propaganda gegen die Klassenjustiz entfalten.“ (ebd., S. 22)

Trotz der benannten Defizite auf dem Wege der Strukturierung einer Einheitsfront- und Massenorganisation in der Praxis ist ein zentraler Punkt erreicht worden: „Die IRH ist nicht eine philanthropische Hilfsorganisation, welche nur nach der Schlacht eingreift, sondern sie nimmt aktiven Anteil an den Kämpfen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Nationen, wie auch im Kampfe gegen die Kriegsvorbereitungen.“ (ebd., S. 18)



Die Kampagnen und Betätigungsfelder der Internationalen Roten Hilfe (IRH)

Mit diesem Beitrag zu den Solidaritätskampagnen der IRH setzen wir unsere Serie „IRH/RHI. Zur Geschichte und Aktualität einer Solidaritäts- und Antirepressionsorganisation“ (siehe GI, Nr. 349) fort. Im Auftaktbeitrag haben wir uns die Entstehungshintergründe, Entwicklungsgeschichte und programmatischen Grundlagen der IRH (1922 bis 1943) angeschaut. In diesem zweiten Beitrag der Serie geht es um die in die Praxis umgesetzte Programmatik der IRH. Dabei stehen vor allem einzelne Kampagnen und die Zusammenarbeit mit anderen internationalen proletarischen Organisationen, wie z.B. die Internationale Arbeiter-Hilfe (IAH), im Vordergrund.

Diesen Beitrag werden wir aufgrund des begrenzten Raums des GI in zwei Teile splitten. Zunächst wollen wir den Einheitsfrontansatz, der sich praktisch in den IRH-Kampagnen widerspiegeln sollte, nochmals aufgreifen. Anhand von beispielhaften international getragenen Antirepressionskampagnen lässt sich dann die IRH-Politik konkret darstellen. In diesem ersten Kapitel des zweiten Serienbeitrags konzentrieren wir uns auf die Klassenjustiz in den USA und den weißen Terror im revolutionären China.

IRH-Kampagnen im Zeichen des Einheitsfrontansatzes

Um der Politik der IRH eine gesellschaftliche Breite und öffentliche Resonanz geben zu können, organisierte sie in ihrer hauptsächlichen Aktionsphase bis Mitte der 30er Jahre insgesamt ca. 1450 nationale und internationale Kampagnen.

In der Anfangszeit der IRH stand neben der Verteidigung der politischen und sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution der Kampf gegen den italienischen Faschismus im Vordergrund. Unter anderem wurde eine Freilassungskampagne für den Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens, Antonio Gramsci, eingeleitet. Solidaritätskampagnen wurden auch für die kommunistischen Bewegungen in den Balkanländern, vornehmlich in Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Griechenland, durchgeführt. In diesen Ländern kam es Anfang der 20er Jahre zu vielen revolutionären Erhebungen der Volksmassen gegen die reaktionären Regime jener Zeit. Diese Kampagnen, die wir im nächsten GI beleuchtet werden, waren Ausdruck des internationalistischen Solidaritätsverständnisses und Folge des proletarischen Internationalismus der IRH.

Der Ansatz der Einheitsfrontpolitik, mit der eine proletarische Einigung kommunistischer, sozialdemokratischer, anarchistischer, parteiloser und gar christlicher ArbeiterInnen erzielt werden sollte, war, wie wir im ersten Serienteil skizziert haben, eine zentrale Grundlage der Programmatik der IRH. Die IRH-Kampagnen standen demnach im Zeichen dieser Politik der Bildung einer Einheitsfront, um über den massenorganisatorischen Charakter der IRH eine proletarische Massenmobilisierung gegen den weißen Terror und die bürgerliche Klassenjustiz entstehen zu lassen.

Der Komintern-Vorsitzende Georgi Sinowjew hat zur Notwendigkeit der Bildung einer proletarischen Einheitsfront auf der Konferenz der Erweiterten Ex-

ekutive der Kommunistischen Internationale (KI) im Februar 1922 u.a. referiert: „Die Arbeiter wollen die Einheit, sie wollen gemeinsam gegen die Bourgeoisie kämpfen. Mit dieser Stimmung nicht rechnen, heißt vom Kommunisten zum Sektierer werden (...) Der Unwille der Arbeiterklasse gegen Spaltungen ist nur zu begreiflich. Das Streben nach Einheit ist sehr oft, ja fast immer ein revolutionärer Faktor. Die Macht der Arbeiterklasse besteht darin, dass sie Millionen zusammenhält, es ist die Macht der Zahl.“

Insbesondere eignet sich die Antirepressionsarbeit als Terrain der praktisch werdenden Einheitsfront. Denn neben der unmittelbaren materiellen und moralischen Unterstützung politischer Gefangener und des jeweiligen familiären und freundschaftlichen Umfeldes „führt die IRH“, so ein Beitrag in der 1929 erschienenen IRH-Broschüre „Des Volkes Blut... Zehn Jahre weißer Terror“, „einen systematischen, unermüdlichen und breit angelegten Kampf gegen den weißen Terror, gegen die bürgerliche Klassenjustiz und den Faschismus. Das grundlegende Kampfmittel ist die Mobilmachung der breitesten werktätigen Massen und der öffentlichen Meinung in den von der IRH durchgeführten Kampagnen.“

Als sich der Nazismus nach 1933 in Deutschland mehr und mehr durch seine staatsterroristischen Methoden etablieren konnte, rief der IRH-Vertreter Andre Marty in einer Rede auf der II. Plenartagung des Exekutiv-Komitees der IRH im September 1935 dazu auf, „für eine geschlossene Einheitsaktion zur Rettung aller Opfer der Reaktion und des Faschismus“ einzutreten.

Rassismus und Klassenjustiz in den USA

Die IRH rief in verschiedenen Fällen zu Kampagnen gegen die (rassistische) Klassenjustiz in den USA auf. Die bedeutendste Solidaritätsaktion galt der Verteidigung der beiden 1920 unter falschen Anschuldigungen inhaftierten gewerkschaftlich und anarchistisch engagierten Arbeiter Ferdinando Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti. Dieser siebenjährige Kampf um das Leben und die Freiheit von Sacco und Vanzetti konnte sie zwar nicht vor dem elektrischen Stuhl bewahren, aber die weltweit getragene Kampagne bewies, dass die IRH in der Lage war, eine zeitlich gestreckte Konfrontation mit dem US-Justizapparat zu führen, die weltweit Aufsehen erregte.

Was war der Hintergrund? Sacco und Vanzetti waren zwei 1908 aus Italien in die USA eingewanderte Arbeiter, die sich dort zunächst unabhängig von einander der anarchistischen Bewegung angeschlossen. Um sich dem drohenden Kriegsdienst zu

entziehen, flüchteten sie wie andere Aktive aus dem libertären Spektrum 1917 für einige Monate nach Mexiko.

Gegen Sacco und Vanzetti wurden 1921 wegen angeblicher Beteiligung an einem doppelten Raubmord prozessiert. Vorausgegangen waren dem zwei bewaffnete Raubüberfälle im Dezember 1919 und April 1920. Am 24. Dezember 1919 schlägt eine Enteignungsaktion auf einen Geldtransporter fehl. Einige Monate später, am 15. April 1920, wurden zwei Angestellte einer Firma bei der Erbeutung von Lohngeldern erschossen. Polizei und Staatsanwalt konstruierten einerseits, dass diese beiden Überfälle in einem direkten personellen Zusammenhang stünden und dass andererseits die Verantwortlichen in anarchistischen Kreisen zu suchen seien. Über die Ermittlung in eben jenen Kreisen kamen die Repressionsbehörden auf Sacco und Vanzetti als „verdächtige Personen“. Polizei und Staatsanwaltschaft hielten trotz fehlender Indizien und Beweise an ihrem Konstrukt fest. Hinsichtlich des ersten, nicht tödlich verlaufenden Überfalls wurde lediglich gegen Vanzetti Anklage erhoben. Das Geschworenengericht formulierte einen Schuldspruch wegen Raub- und Mordabsicht.

Der Prozess wegen des doppelten Raubmordes wurde sowohl gegen den bereits zum Tode verurteilten Vanzetti als auch gegen Sacco Ende Mai 1921 eröffnet. Mitte Juli 1921 sprachen die Geschworenen die beiden in allen Anklagepunkten für schuldig. Fast sechs Jahre später im April 1927 verkündete der Richter das Urteil: Todesstrafe durch den elektrischen Stuhl. Alle Revisionsanträge, die detailliert eine Wiederaufnahme des Verfahrens begründeten, schlugen fehl, mussten fehl schlagen, damit dieser Justizkomplott Akt für Akt durchgespielt werden konnte. Die Vollstreckung des staatlichen Mordurteils erfolgte am 22. August d. J. in Massachusetts.

Das Exempel gegen eingewanderte Angehörige aus der anarchistischen und Antikriegs-Bewegung war damit statuiert. Dem Endpunkt dieses Schauprozesses gingen allerdings massive internationale Proteste voraus, die die IRH mit ihren Sektionen maßgeblich unterstützte und öffentlich trug. Über ideologische und organisatorische Grenzen hinweg wurde weltweit für Saccos und Vanzettis Leben gekämpft. Noch kurz vor der Urteilsvollstreckung hieß es bspw. in einem flammenden Appell der RHD unter der Überschrift „Entreißt Sacco und Vanzetti den Henkern!“. „Sacco und Vanzetti müssen befreit werden! Sacco und Vanzetti retten, heißt, der Klassenjustiz einen empfindlichen Schlag versetzen. Alle Kräfte dafür herzugeben, die Kräfte noch zu verzehnfachen, das ist das dringende Gebot (...)“

Diesen Kampf müßt Ihr unter dem Banner der Roten Hilfe führen, der Organisation, die seit Anbeginn im Vordertreffen des Kampfes zur Rettung von Sacco und Vanzetti steht!“

Eine andere wichtige Kampagne der IRH gegen die US-Justiz, die wir an dieser Stelle nur als Stichpunkt nennen können, war die Rettung der schwarzen Jungen von Scottsboro in Alabama. Die neun Jungen wurden fälschlicherweise beschuldigt, zwei weiße Mädchen vergewaltigt zu haben. Dieser Justizskandal zog sich fast zwei Jahrzehnte hin und endete letztlich 1950 erfolgreich; alle Angeklagten konnten vor der Hinrichtung durch eine weiße Jury bewahrt werden. Interessant an diesem Fall ist, dass diese juristische und politische Auseinandersetzung die Existenz der IRH überdauerte.

Unterstützung für das revolutionäre China seit Ende der 20er Jahre

Um die IRH-Kampagnenpolitik im Falle der chinesischen KommunistInnen und GewerkschafterInnen sowie der Räte-Bewegung zu verstehen, ist auch hier ein kleiner Ausflug in die Hintergrundgeschichte angebracht. Die von Sun Yat-sen 1912 gegründete Chinesische Nationalpartei, die Kuomintang (KMT), trat mit dem Ziel an, die Kaiserdynastie von den Machtgeheln zu verdrängen und China aus den feudalen Fesseln sowie dem Einfluss von ausländischen Interventionisten zu befreien. Die KMT setzte sich aus verschiedenen politisch-ideologischen Strömungen zusammen und repräsentierte bis zur Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Jahre 1921 die progressive national-demokratische Opposition.

Auf Vermittlung der KI kam es zu zwei Einheitsfront-Bündnissen zwischen der KMT und der KPCh. Zwischenzeitlich betrachtete die KI die KMT als sympathisierende Partei. U.a. weilte Tschiang Kai-schek, der nach Sun Yat-sens Tod 1925 die KMT-Führung übernahm, in der UdSSR, um ein Studium des Marxismus-Leninismus aufzunehmen und sich mit der Partei-Theorie Lenins vertraut zu machen. Von 1923 bis 1927 agierten beide Kräfte gegen die dynastischen Feudalverhältnisse in China, um die „nationale Einheit“ des chinesischen Territoriums u.a. gegen die imperialistische Einflussnahme Japans herzustellen. In dem Zweckbündnis von 1936 bis 1946 sollten die kommunistische und nationalistische Partei gemeinsam die japanische Militär-Aggression auf dem chinesischen Festland abwehren.

Beide Versuche, eine stabile Einheitsfront zwischen den disparaten politischen Gruppierungen zu schaffen, waren rein taktischer Natur. Während der

ersten Einheitsfront gelang es zumindest der KPCh unter dem Schirm der KMT personell und strukturell stark zu wachsen. Um diesen Wachstumsprozess der KPCh zu torpedieren, massierten sich die Übergriffe auf GewerkschafterInnen, KommunistInnen und deren SympathisantInnen. Als die Truppenverbände Kai-scheks im Frühjahr 1927 Shanghai, das als kommunistisches Zentrum galt, eroberten, kam es zu umfangreichen Verfolgungen von KPCh-AnhängerInnen und aktiven GewerkschafterInnen mit unzähligen Toten, Verletzten und Eingespernten.

Mit der blutigen Niederschlagung der kommunistischen Kommune-Bewegung in Kanton am 12. Dezember 1927 durch die KMT gelangte die Repression zu ihrem Höhepunkt. In einem IRH-Aufruf zum „Internationalen Tag gegen koloniale Unterdrückung“ zum 12. Dezember 1931 heißt es u.a. zur Dimension der Repressionswelle der KMT: „Am ärgsten aber wütet der weiße Terror in China. 2 Millionen Ermordete sind die bisherige grauenhafte Bilanz des weißen Terrors, dessen Hauptträger die blutige faschistische Kuomintang-Diktatur ist.“ Folge war, dass die KPCh und ihre AnhängerInnen in eine jahrelange Defensive gerieten und 1934/35 einen strategischen Rückzug, den sog. Langen Marsch, antreten mussten.

Im Zuge der Eskalation des anti-japanischen, anti-kolonialen Befreiungskrieges drängte die KI 1936 ein weiteres mal auf die Bildung einer Einheitsfront zwischen der KPCh und der KMT. Dieses Stillhalteabkommen erwies sich als äußerst fragil, bewaffnete Konflikte wurden insbesondere 1941 ausgetragen. Nach der Kapitulation Japans im Frühling 1946 zerbrach dieses „Bündnis“ endgültig und die KMT-Reaktion samt Anhang verließ nach der Niederlage im Bürgerkrieg und der Gründung der VR China im Oktober 1949 das Festland Richtung Formosa (Taiwan).

Kaum eine Frage wurde kontroverser innerhalb der kommunistischen Weltbewegung diskutiert, wie die Frage nach der Einheitsfrontpolitik zwischen der KPCh und der KMT und den teils dramatischen Repressions- und Terrorfolgen. Clara Zetkin bringt in der Funktion als IRH-Vorsitzende im Vorwort der oben erwähnten Schrift „Des Volkes Blut... Zehn Jahre weißer Terror“ die Situation für die AnhängerInnen des revolutionären China Ende der 20er Jahre auf den Punkt: „Kommunisten sind Freiwillig für die demokratische Kuomintang.“



Kampagnen und Kooperationen der Internationalen Roten Hilfe (IRH)

Im dritten Teil dieser Beitragsserie wollen wir einige weitere weltweit getragene Solidaritätskampagnen der IRH zu verschiedenen Repressionsfällen und staatsterroristischen Regimen darstellen und damit direkt an den zweiten Beitrag dieser Serie (siehe Gl, Nr. 350) anschließen. Des weiteren wollen wir, wie angekündigt, einen Blick auf die inter-organisatorische Zusammenarbeit der IRH und das Verhältnis zwischen ihr und anderen bedeutenden Hilfs- und Solidaritätsorganisationen werfen. Dabei ist vor allem auf die Politik der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH) einzugehen. Ein Ergebnis der internationalen proletarischen Solidarität ist die Begehung von jährlichen Gedenk- und Kampftagen, an denen für die Opfer staatlicher Repression und/oder kolonialer Unterdrückung mobilisiert wird. Auch auf diese wollen wir zumindest kurz streifen.

Die Fälle von Georgi Dimitroff und Ernst Thälmann in Deutschland

Nach der Machtübertragung an den Nazi-Faschismus war eines der Hauptarbeitsfelder der IRH die Versorgung und Organisation der Zehntausenden von EmigrantInnen aus dem Nazi-Reich. Die beiden wichtigsten Kampagnen für kommunistische Persönlichkeiten waren die für Georgi Dimitroff (1882-1949), dem vom September bis Dezember 1933 beim sog. Reichstagsbrandprozess eine weltweite Aufmerksamkeit widerfuhr, und für Ernst Thälmann (1886-1944) nach seiner Verhaftung im März 1933 und späteren KZ-Haft.

Auf Dimitroffs frühen politisch-biografischen Lebensweg werden wir noch im nächsten Abschnitt zu sprechen kommen. Hier interessiert uns vor allem der Reichstagsbrandprozess, der laut Drehbuch der Nazi-Elite zu einem entlarvenden antikommunistischen Schauprozess vor dem Leipziger Reichsgericht werden sollte. Die Schlüsselrolle war Dimitroff zugeacht worden, der sich gerade illegal in Deutschland aufhielt und einige Tage nach dem Brand, der Ende Februar 1933 war, in Berlin festgenommen werden konnte. Neben Dimitroff standen weitere bulgarische Kommunisten, der Vorsitzende der KPD-Reichstagsfraktion Ernst Torgler und der Niederländer Marinus van der Luppe unter Anklage. Zunächst wurde der Prozess über Lautsprecher in die Straßenzüge Leipzigs übertragen. Als Dimitroff aufgrund seiner rhetorischen Fähigkeiten u.a. die Nazi-Größe Hermann Göring als Zeugen in die Rolle des Angeklagten drängen konnten, wurden die Lautsprecheranlagen abgebaut. Zudem gelang es Dimitroff die absurde NS-Propaganda eines bevorstehenden kommunistischen Aufstands gegen das nazistische Regime auszuhebeln. Der Gerichtsvorsitzende bestätigte die souveräne Prozessführung Dimitroffs mit der Bemerkung: „Im Ausland ist man schon der Meinung, dass nicht ich, sondern Sie die Verhandlung leiten!“ Da es der Anklage auch nicht gelang, eine Verbindung zwischen dem geständigen van der Lütbe (wir lassen hier die diversen Theorien zur eigentlichen Täterschaft des Reichstagsbrandes außer acht!) und der KPD bzw. Dimitroff selbst herzustellen, sprach das Gericht ihn folgerichtig frei.

In dem Beitrag „Vom Nosketerror zum Hitlerfaschismus“, der 1935 in dem IRH-Sammelband „15 Jahre weisser Terror“ erschienen ist, resümiert Wilhelm Pieck den Dimitroff-Prozess: „Als dann die schamlose Komödie des Reichstagsbrandprozesses abrollte, verwandelte Dimitroff diesen faschistischen Prozeß, der die Diskreditierung der Kommunistischen Partei bringen sollte, in eine vernichtende politische Abrechnung mit den wirklichen Brandstiftern und mit der gesamten faschistischen Terrorherrschaft. Dimitroff zerschlug das Märchen von den kommunistischen Putschplänen, für die der Reichstagsbrand das ‚Fanal‘ hätte sein sollen. Dimitroff riß Göring und Goebbels die Maske vom Gesicht. So erlitt der Faschismus vor dem Leipziger Reichsgericht eine erste schwere politische und moralische Niederlage, die einen Umschwung in der Stimmung der Massen, eine Überwindung der bei einem Teil der Werktätigen durch den Sieg des Faschismus hervorgerufenen Depressionsstimmungen und eine Stärkung der antifaschistischen Kräfte zur Folge hatte.“

Der frühere Transportarbeiter und Kutscher Ernst Thälmann trat im Herbst 1920 mit der linken Mehrheit der USPD zur KPD über und zählte auch dort als Verfechter der sog. Offensivtheorie zum linken Parteiflügel. Als einer der Organisatoren des gescheiterten Hamburger Aufstands im Rahmen des sog. Deutschen Oktober 1923, als KPD-Kandidat für die Reichspräsidentenwahl 1925 und Leiter des Rotfront Kämpferbundes (RFB) wuchs sein Einfluss in der KPD. Nach der innerparteilichen Absetzung der „ultralinken“ Parteiführung um Ruth Fischer und Arkadi Maslow wurde Thälmann 1925 als „kominterntreuer Linker“ KPD-Vorsitzender. Auch spätere Affären zum Nachteil der KPD (z.B. der Korruptionsfall um seinen Parteifreund John Wittorf 1928) konnten ihn u.a. aufgrund der Deckung durch die Stalinsche Bürokratie nicht zu Fall bringen.

Dennoch bestand die politische Tragödie darin, dass die KPD nach der Machtübergabe an die Nazis organisatorisch nicht in der Lage war, den offenen Faschismus zurückzudrängen, geschweige denn ihren Vorsitzenden von dem Zugriff zu schützen. Dieser erfolgte am 3. März 1933. 12 Jahre verbrachte Thälmann in Einzelhaft, zuerst in Moabit, dann in Hannover und Bautzen, bevor er ins KZ Buchenwald verschleppt wurde und dort am 18. August 1944 den SS-Schergen zum Opfer fiel. 1936 gab es einen Plan, Thälmann aus der Moabiter-Haft zu befreien; dieser wurde jedoch in letzter Minute vom Exil-ZK der KPD abgeblasen. Auch die Hoffnung nach dem sog. Hitler-Stalin-Pakt 1939 nach Moskau abgeschoben zu werden, erfüllten sich nicht.

Um den „Fall Thälmann“ herum entwickelte sich eine breite internationale Kampagne, die auf die Freilassung Thälmanns agitatorisch hinwirken sollte. Ein ursprünglich angesetzter Prozess gegen Thälmann kam nie zustande, offenbar aus Furcht, nach dem Dimitroff-Prozess ein weiteres Fiasko erleben zu müssen. In der Erwartung eines bevorstehenden Thälmann-Prozesses heißt es in der IRH-Broschüre „Für die Rettung aller Opfer der Reaktion und des Faschismus“ von 1935 noch: „Also, Genossen, selbst in den faschistischen Ländern kann man die Unterdrücker in Schach halten. Unmittelbar vor dem Thälmann-Prozess (...) müssen wir uns des Prozesses gegen Dimitroff erinnern, und augenblicklich alle Kräfte mobilisieren und eine noch mächtigere Kampagne als für Dimitroff führen (...)“

Reaktionäre Regime in Bulgarien

Ein Schwerpunkt von IRH-Kampagnen in den Balkanländern bezog sich auf die Verhältnisse in Bulgarien. Hintergrund war der reaktionäre Staatsstreich von A. Zankow im Juni 1923 gegen die damals amtierende Regierung unter A. Stambolijski, dem Vorsitzenden des Bauernvolksbundes, der die stärkste Fraktion im bulgarischen Parlament bildete. Die Instabilität des neuen Regimes sollte durch einen proletarischen Aufstandsversuch, der von der Komintern und der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) initiiert wurde, potenziert werden. Die blutige Niederschlagung dieses Aufruhrs markierte allerdings eine weitere Episode der letzten Phase des Versuchs die soziale Revolution über die Grenzen der UdSSR hinauszutreiben. Die BKP und insbesondere Georgi Dimitroff galten als der Inbegriff des innerstaatlichen Feindes. Infolge der Niederlage im September 1923 mussten Dimitroff und viele kommunistische AktivistInnen exilieren.

Der Mitbegründer und seinerzeitige Generalsekretär der BKP, W. Kolaroff, verfasste 1926 eine IRH-Broschüre unter dem Titel „Im Lande der Galgen“, in der er über die Repressionswelle und den organisierten Staatsterror in seinem Land einen Überblick lieferte. Insbesondere setzte die zügellose Verfolgung von KommunistInnen nach dem Sprengstoffanschlag vom 16. April 1925 auf die Sofioter Kathedrale ein. In dieser fand sich zu einer Trauerzeremonie die Nomenklatura der Regierung Zankow zusammen. 1932 gruppierte Zankow eine bulgarische Kopie der NSDAP um sich, um 1944 zum Ministerpräsidenten einer im deutschen Exil befindlichen Operetten-Regierung zu fungieren.

In einem Überblickartikel unter dem Titel „Der weiße Terror in den Balkanländern“ in dem bereits er-

währnten IRH-Sammelband „15 Jahre weisser Terror“ schreibt Kolaroff bezüglich liberalerer Regierungskonstellationen in Bulgarien: „Der weiße Terror hat in Bulgarien seit dem Umsturz vom 9. Juni 1923 niemals ausgesetzt. Die Ablösung Zankoffs durch Ljaptscheff 1926 brachte nicht die geringste Abschwächung der Terrorherrschaft gegenüber der revolutionären Bewegung.“ Auch in den Folgejahren ist die bulgarische Geschichte durchgängig durch militär-diktatorische Regime geprägt: „Die militär-faschistische Diktatur Kimon Georgijeffs (im Mai 1934 an die Macht geputscht) liquidierte alle Reste der bürgerlichen Demokratie, verbot sämtliche Parteien und stützte sich auf den Massenterror und auf die Sozialdemagogie als Mittel der Einschüchterung und Betörung der Werktätigen.“

Ganz im Sinne der auf dem VII. Komintern-Kongress ausgegebenen Volksfrontstrategie zieht Kolaroff den Schluss, die sich u.a. in den 30er Jahren über die IRH realisieren lassen sollte, dass sich die werktätigen Massen Bulgariens „weder durch den Terror noch durch Einschüchterungen davon abhalten (lassen), die antifaschistische Volksfront unter der Führung der bulgarischen Kommunistischen Partei aufzurichten.“

Gedenk- und Kampftage der IRH und organisationsübergreifende Kooperation

Die IRH hat zwei wesentliche Daten etabliert, die für die Solidarisierung mit den revolutionären Gefangenen weltweit von zentraler Bedeutung wurden; zum einen der 18. März und zum anderen der 12. Dezember. Der 18. März, der als Tag der Pariser Kommune Eingang in die Kalender fand, wurde im Januar 1923 vom ZK der IRH zum Internationalen Kampftag für alle revolutionären politischen Gefangenen und Verfolgten ausgerufen. Der 12. Dezember, der Jahrestag der proletarischen Räte-macht der Kantoner Kommune im revolutionären China von 1927, ist anders akzentuiert. Dieser Tag ist als „Internationaler Tag der Roten Hilfe gegen koloniale Unterdrückung“ definiert und besitzt demnach einen stärker auf die imperialistische Politik in den abhängigen Weltregionen bezogenen Charakter.

In dem Aufruf „An alle Sektionen und Bruderorganisationen“, der auf dem Beschluss des 3. Plenums des Exekutiv-Komitees der IRH vom Dezember 1931 basiert, heißt es zur Begehung des 12. Dezember: „Seit den Dezember-Tagen von 1927 hat in China der Sowjetgedanke gewaltige Arbeiter- und Bauernmassen erfaßt, und in Gebieten mit 60 Millionen Werktätigen Chinas ist die Sowjetmacht aufgerichtet, scheidet eine Offensive der Soldknechte der Imperi-

alisten nach der anderen, gelingt es in zähem Kampf die Sowjetgebiete zu erweitern. Der Tag der Kantoner Kommune muß ein Tag der internationalen Massenmobilisierung nicht nur der unterdrückten Massen in den großen kapitalistischen Mutterländern sein.“ Des weiteren wurden folgende Losungen ausgegeben, die internationalistische Verbundenheit im anti-kolonialen Kampf ausdrücken sollen: „1. Gedenkt der Kantoner Kommune, des ersten Versuches der Räte-macht in China! 2. Nieder mit dem weißen Terror der Kuomintang und der imperialistischen Räuber in China! (...) 8. Es lebe die Einheitsfront der Solidarität zwischen den ausgebeuteten Massen der imperialistischen Länder und den unterdrückten Völkern der Kolonien und Halbkolonien! (...)“

Die IRH kooperierte mit verschiedenen anderen Welt-Organisationen der Werktätigen; mit der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH) bestand ein „brüderliches Kampfbündnis“, ebenfalls gab es mit der Liga gegen Imperialismus eine enge Kooperation. So forderte die Liga, wie die IAH auf ihrem Tätigkeitsgebiet, die revolutionären Organisationen in den kolonisierten Ländern auf, in die Reihen der IRH einzutreten und ihr die größte materielle und moralische Unterstützung zu geben. Der Eintritt in die IRH sei eine wirksame Unterstützung der revolutionären Kampfprozesse in den Kolonien.

Im August 1921 erließ das Auslandskomitee zur Organisation der Arbeiterhilfe für die UdSSR den ersten Aufruf. Damit war die Existenzgründung der Internationalen Arbeiterhilfe vollzogen. Im März 1923 konstituierte sich aus den dahin losen örtlichen Komitees die deutsche Sektion der IAH unter dem Namen „Bund der Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe“. Der erste Reichskongress fand im November 1925 statt.

In der Broschüre „10 Jahre Internationale Arbeiter-Hilfe Deutschland“ des IAH-Generalsekretärs Georg Karl Dünninghaus wird in einem Ausblick auf die Aufgabenstellung der verwiesen: „(...) die doppel-seitige Aufgabe der IAH besteht ja darin, neben der materiellen Hilfeleistung zur Durchhaltung in Kampfaktionen den Kämpfenden und den mit ihnen verbundenen mannigfachen werktätigen Schichten die ideologische Erkenntnis ihrer Klassenlage und der Notwendigkeit des aktiven Klassenkampfes in breiter Einheitsfront zu vermitteln.“

Mit diesem Beitrag schließen wir unsere Übersichtsartikel zur historischen Internationalen Roten Hilfe (IRH) im Gl ab. (...) Wir erhoffen uns, dass sich das Gl auch als ein Forum etabliert, in dem sich Debatten über die Wege und Etappen einer internationalistischen Antirepressions- und antiimperialistischen Solidaritätsorganisation widerspiegeln.

gefangenen info

unsere solidarität gegen ihre repression



Abonniert und stärkt das Gefangenen Info!

Mit über 23 Jahren auf dem Buckel gehört das Gefangenen Info mittlerweile beinahe zum alten Eisen im Blätterdschongel der radikalen Linken. Damals wie heute hat das Gefangenen Info das Ziel eine effektivere Öffentlichkeitsarbeit gegen Repression und die Desinformation zu leisten und den politischen Gefangenen, ihren Inhalten und dem Hintergrund ihrer Kämpfe eine Plattform zu bieten. Dabei ist unser erklärtes Ziel die staatlich verordnete Isolation durchbrechen, den gefangenen GenossInnen den Rücken stärken und die notwendige Kommunikation zwischen den Inhaftierten und der Bewegung draußen aufrecht erhalten, sowie gleichzeitig die Bedingungen für eine Verbindung von den Kämpfen in den Knästen mit den Kämpfen draußen zu entwickeln.

Um das auch zukünftig zu gewährleisten und auch die nächsten 23 Jahre Gefangenen mit Hilfe des GIs zu informieren und eine Plattform zu bieten starten wir die Kampagne „Abonniert und stärkt das Gefangenen Info“.

Hintergrund der Kampagne sind einerseits die drohenden Repressalien, die sich mit dem Peilsender, der an einem Auto von AktivistInnen des Netzwerks Freiheit für alle politischen Gefangenen gefunden wurde, bereits angekündigt haben und die auch aus der gezielten Zurückhaltung von Gefangenen Infos in Knästen und angesichts der bislang über 20 Verfahren gegen das Gefangenen Info ja beinahe zu erwarten sind und andererseits die sehr enge finanzielle Situation, in der wir uns – wie üblich – befinden. In erster Linie wollen wir mit dieser Kampagne jedoch für eine Verbreitung des Gefangenen Infos werben. Da klar ist, dass Repression ein immanenter Bestandteil der kapitalistischen Verhältnisse ist und solange existieren wie die herrschenden Verhältnisse existieren werden, dass dabei jede Bewegung, die sich gegen diese Verhältnisse richtet und für eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, früher oder später immer mit Repression konfrontiert sein wird und der Knast dabei das deutlichste Mittel und Symbol dieser Repression ist und eine zunehmende Anwendung gegen „politisch Unliebsame“ findet.

In diesem Sinne gilt es die Solidarität mit den antifaschistischen, antiimperialistischen, kommunistischen, anarchistischen und sozialen Gefangenen zu organisieren.

Daher: Beteiligt euch an der Kampagne, indem ihr das GI auf Infotische auslegt, das GI abonniert oder Öffentlichkeit für uns schafft!

Abopostkarten und Plakate könnt ihr über redaktion@gefangenen.info anfordern.

Kontakt:

Gefangenen Info, c/o Soziales Zentrum, Alexander Puschkin Str. 20, 39108 Magdeburg

vertrieb@gefangenen.info

www.gefangenen.info

Kürzlich erschienen!



Die Rote Armee Fraktion

Eine kurze Einführung in die Geschichte der RAF

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen (Hg.)

www.political-prisoners.net

2. überarbeitete Auflage

Selbstdruck im Eigenverlag, 2012
72 Seiten, Preis 5,00 Euro
ISBN: 978-3-00-039885-8

Zu bestellen unter:
kontakt@political-prisoners.net

Trotz Auflösung der RAF im Jahr 1998 lässt der deutsche Staat auch heute noch keine Möglichkeit ungenutzt, um die Geschichte im Sinne der Herrschenden umzuschreiben und alles anzuschwärzen, zu diffamieren und anzugreifen, was sich seinerzeit fast 30 Jahre lang unter dem Banner der RAF gegen das herrschende System auflehnte. Das Ergebnis dieser regelrechten Kampagnen ist aus einer linken Perspektive heraus betrachtet verheerend: Eine revolutionäre Gruppe, die ihre Anfänge im 68er Aufbruch hatte und für ihre politischen Ideale in den Untergrund ging, um eine Stadtguerilla aufzubauen und mit dieser den internationalen Kampf um Befreiung voranzutreiben, wird heute von weiten Teilen der Bevölkerung als Abenteuerer oder gar als kriminelle Bande betrachtet. Der politische Kontext, der der RAF in diesem historischen Abschnitt überhaupt erst seine Legitimation verlieh, wurde somit systematisch aus den Köpfen ausgeradiert.

Das im Oktober 2012 erschienene Buch ist eine überarbeitete Neuauflage der in den 90ern erschienenen Broschüre „Eine kurze Einführung in die Geschichte der RAF“ und möchte Interessierten den Einstieg in die Geschichte der RAF erleichtern und hat den Anspruch, die Geschichte, Politik und Praxis der RAF sowohl aus einem authentischen als auch aus einem solidarischen Blickwinkel heraus vorzustellen. Somit enthält das Buch neben der kompakten, historischen Darstellung der Geschichte der RAF viele weiterführende Literaturtipps sowie die Abdrucke von Paolo Neris 2008 in der BRD ausgestellten Mosaiken von Gefangenen aus der RAF, die den Knast nicht überlebten.



Nikolaus Brauns

Schafft Rote Hilfe!

Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene (1919-1938)

Pahl-Rugenstein, Bonn 2003; 345 S. Geb., Großformat, rund 300 Abbildungen und Faksimiles, 32 Euro ISBN 3-89144-297-1

Bestellen: Pahl-Rugenstein Verlag Nf. GmbH Bonn, Breite Str. 47, 53111 Bonn, Tel. 0228-632306, Fax 634986



AutorInnenkollektiv (Hg.)

Wege durch die Wüste

Ein Antirepressionshandbuch für die politische Praxis

Unrast Verlag, 2007; 280 S. Geb., 9,80 Euro ISBN 978-389771-449-6

2. aktualisierte Auflage

Der Ratgeber im Umgang mit Repression.

strike!
Streitschrift für revolutionären Unionismus und Rätekommunismus

Die erste Ausgabe der Zeitschrift **strike!** ist im Januar 2013 erschienen und beinhaltet Texte zu den Themen „revolutionärer Unionismus bzw. Arbeiterunionismus“, „Le Sabotage“ als Klassiker der direkten Aktion, Klassenautonomie und diverse Texte zur Frage kämpferischer Gewerkschaften sowie einen Fragebogen der IWW (Industrial Workers of the World). Die Zeitschrift kostet 3 Euro und soll alle sechs Monate erscheinen.

Bestelladresse:
strike! c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin

www.strike.blogspot.de
streitschrift-strike@gmx.de

Wir dokumentieren in dieser Broschüre drei Texte zur Internationalen Roten Hilfe (IRH), welche bereits 2009 im Gefangenen Info abgedruckt wurden. Damit möchten wir historische Erfahrungen von Solidaritäts- und Antirepressionsarbeit vorstellen, weil wir darin eine Möglichkeit sehen, sich ein Stück linker Geschichte anzueignen und aus dieser zu lernen.

